

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Pfründer,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Gemeinderäte,
sehr geehrte Amtsleiterinnen und Amtsleiter der Stadt,
liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Medienvertreter,

wir stehen heute vor einer Herausforderung, die uns alle besorgt. Die Weltpolitik ist in Aufruhr, die Bundestagswahl 2025 steht bevor und die Situation im Land, wie auch in den Kommunen allgemein, ist von Unsicherheit geprägt. Die Debatte um Migration und innere Sicherheit, die Klimakrise und die gestiegenen Kosten sind nur einige der Faktoren, die unsere Gesellschaft belasten.

Auch wir in Lauffen sind von diesen Entwicklungen betroffen. Wir Gemeinderätinnen und -räte tragen das ganze Jahr über eine große Verantwortung, wenn wir über die Geschehnisse und auch Weichenstellungen im Stadtgeschehen beraten und beschließen. Besonders im Winter, wenn der Haushalt eingebracht, beraten und wie heute zum Beschluss gestellt wird, ist diese Verantwortung besonders groß. An dieser Stelle möchte ich unserem Kämmerer und Stadtpfleger Frieder Schuh und seinem Team für das Zahlenwerk sowie das „Beiwerk“ – damit gemeint sind jegliche Erörterungen bei unseren Nachfragen – herzlich danken.

Klar ist: wir sehen unter dem Strich ein Defizit von 1,13 Millionen Euro im Ergebnishaushalt. Dies ist ein alarmierendes Signal, das uns zeigt, dass der finanzielle Spielraum für unsere Stadt immer knapper wird.

Wir müssen uns der Realität stellen und eine ehrliche Bestandsaufnahme machen, vor allem auch mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung bis 2028. Die Steuerschätzung im Oktober letzten Jahres war ein Schock, nicht nur für uns, sondern auch für das Land Baden-Württemberg. Die Einnahmen sind deutlich geringer als erwartet, was unsere Möglichkeiten weiter einschränkt. Erschwerend hinzu kommt, dass der Haushaltsplan des Landkreises weitere Kosten für die Kommunen vorsieht. Auch die Tarifsteigerungen und die Personalkostenhochrechnung, die seit 2019 stetig gestiegen sind, belasten unseren Haushalt zusätzlich. Ein weiteres Problem ist, dass das negative Gesamtergebnis dazu führt, dass wir die Abschreibungen nicht in

vollem Umfang berücksichtigen können. Dies wirkt sich negativ auf unsere Situation aus und gefährdet langfristig unsere Handlungsfähigkeit.

Die Unzufriedenheit, die sich durch die von Land und Bund übertragenen Kompetenzen aktuell auf kommunaler Ebene breit macht, ist jedoch in dieser Ausführung nicht berechtigt. Wir profitieren vor Ort von den Investitionen in unsere Infrastruktur: Die Forderung der AFD-Gruppe, für das Recht auf kommunale Selbstverwaltung zu klagen, lehnen wir daher entschieden ab. Im Vordergrund steht für uns als Grüne Fraktion, dass Investitionen in den Klimaschutz hohe Folgekosten abwehren werden. Deshalb stehen wir hinter der kommunalen Wärmeplanung, den Ausbau von Aufdach- sowie Freiflächen PV sowie der Windkraft im Stadtwald.

Wir sehen in diesem Haushaltsplan wichtige Schwerpunkte, die es im laufenden Jahr anzugehen gilt: Bildungs- und Infrastrukturprojekte, die wir in den kommenden Jahren umsetzen müssen. Dazu gehören unter anderem der Neubau des Horts an der Grundschule, die Sanierungsgebiete Lauffen 4 und 5 sowie der Neubau der Rathausbrücke. Um diese Projekte zu finanzieren, ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 4 Millionen Euro geplant. Um diese Investitionen nachhaltig zu finanzieren, sehen wir es als Grüne auch dass wir dem Gewerbe vor Ort Platz bieten, sich zu entwickeln (Gewerbesteuereinnahmen) (Arbeitsplätze. Parkraumbewirtschaftung)

Für unsere Fraktion ist die Antwort auf eine schwierige Finanzlage nicht die Ausweitung von neuem Bauland auf der Grünen Wiese (Seugen 2, 2ter BA). Die Infrastruktur, die vorgehalten werden muss, um dem höheren Aufkommen an Menschen und Fahrzeugen gerecht zu werden, muss eingepreist sein. Und unserer Meinung nach betrifft das nicht nur neu zu schaffende Kindertageseinrichtungen oder Straßen, sondern hat auch massive Auswirkungen auf den Bestand: Wie bspw. Kanalisation und Regenüberlaufbecken oder Verkehrswege im Bestand der Stadt.

Wir befürworten eine weiterhin solide Unterstützung für die städtischen Einrichtungen und die Mitarbeitenden mit einer bereits eingepreisten Steigerung der Kosten und Gehälter. Die Ausgaben für Kultur werden NICHT eingestampft. Das ist ein wichtiges Zeichen dafür, dass die föderal gesicherte Kulturhoheit bzw. die Selbstverwaltung nicht gefährdet ist. Wir sind der Stadt dankbar, dass sie ihren Beitrag für

das kulturelle Leben vor Ort weiterhin hochhält. Für uns steht Kultur in direktem Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Sehr geehrte Damen und Herren: Wir befinden uns in schwierigen Zeiten. Doch trotz der herausfordernden Rahmenbedingungen dürfen wir uns nicht entmutigen lassen. Wir müssen konsolidieren, um unsere Situation zu verbessern. Dabei ist es uns besonders wichtig, dass dies auf sozial verträgliche Weise geschieht. Die Herausforderungen sind groß, aber wir sind zuversichtlich, dass wir sie gemeinsam bewältigen können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.